

Schillers Chronik

NOVEMBER 2024

Rechenschaftsbericht des Bürgervertreters aus Weiden



Liebe Freunde,

auch in diesem Monat haben sich die Ereignisse überschlagen: Das Selbstbestimmungsgesetz trat in Kraft, in Hamburg wurde ein funktionierendes Kraftwerk im Namen der Energiewende unwiederbringlich zerstört, während der RWE-Chef vor einem Strom-Kollaps im kommenden Januar warnte, Maskenrichter Dettmar wurde verurteilt, dazu erreichten uns Hiobsbotschaften aus der Wirtschaft wie beispielsweise von Thyssenkrupp und Ziegler.

Nancy Faeser setzte ihre Verfolgung von Meinungsdelikten fort und machte dabei nicht einmal vor Journalisten Halt. Aber es gab auch gute Nachrichten:

Donald Trump verbuchte einen Erdrutsch-Sieg in den USA, die Stadt Nürnberg verlor einen Prozess gegen die AfD und, wir wissen es alle - Trommelwirbel - die Ampel ist Geschichte!

Um das und einiges mehr geht es in meinem aktuellen Monatsrückblick - ich wünsche euch viel Spaß und Erkenntnis beim Lesen! Euer Manfred Schiller

Wahlkreisbüro

Christian-Seltmann-Str. 21

92637 Weiden

Tel. 0961 40 17 56 94

manfred.schiller.wk@bundestag.de

Wenn Euch etwas unter den Nägeln brennt, zögert nicht, mit mir oder meinen Wahlkreismitarbeitern Kontakt aufzunehmen — dafür sind wir da! Mein Wahlkreisbüro befindet sich direkt in Weiden, dort empfängt Euch Büroleiterin Tina zu folgenden Öffnungszeiten:

Di.: 8.⁰⁰ - 17.³⁰ Uhr

Mi.: 8.⁰⁰ - 12.⁰⁰ & 13.⁰⁰ - 17.⁰⁰ Uhr

Do.: 10.³⁰ - 20.⁰⁰ Uhr

Jeden Donnerstag findet ab 18.⁰⁰ Uhr ein Bürgerstammtisch statt.

»Dem deutschen Volke«
— ein Auftrag, den ich
ernst nehme!

DEM DEUTSCHEN VOLKE

AKTUELLE NACHRICHTEN

Seite 2

EIN OBERPFÄLZER
IN BERLIN

Seite 8

AUS DEM WAHLKREIS

Seite 21



05. November '24

Künftig kann sich jeder jährlich ein anderes Geschlecht eintragen lassen. Familienministerin Paus überreichte

gestern vor einem Standesamt presswirksam einen Blumenstrauß und begleitete eine der ersten Änderungen des Geschlechtseintrags und des Vornamens. Deutlicher könnte unsere Familienministerin, die besser Blumensträuße an frischgebackene Eltern verteilen sollte, ihre Verachtung für die „Familie“ im klassischen Sinn nicht zeigen.

Familienfeindlich und frauenfeindlich – so könnte man das Selbstbestimmungsgesetz kurz zusammenfassen.

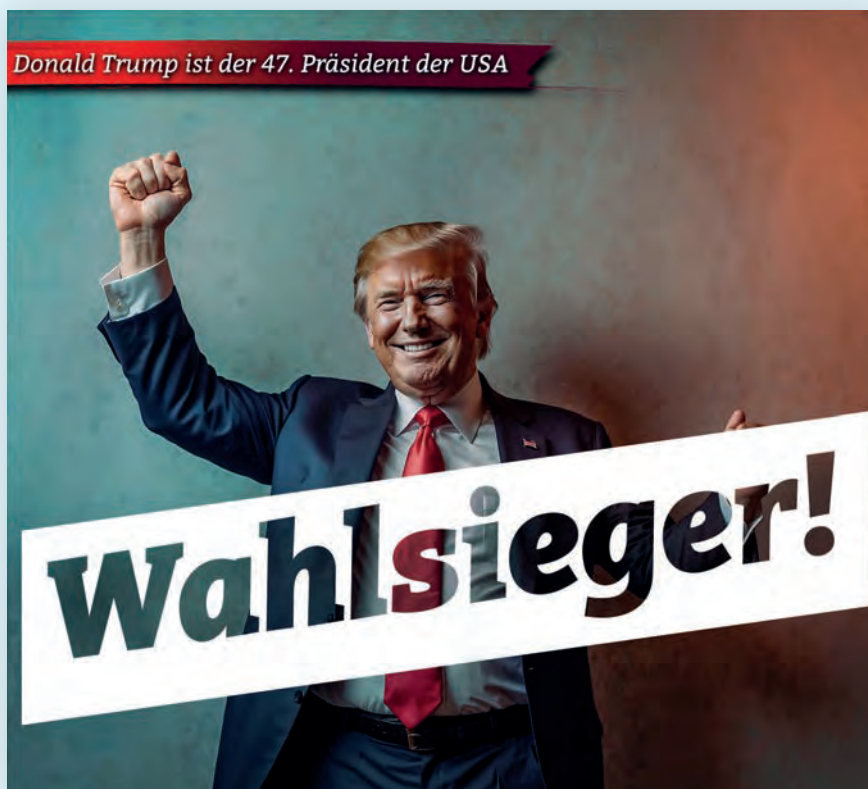
Es geht u.a. auf Kosten der Sicherheit von Mädchen und Frauen in Frauenschutzräumen & schafft unfaire Bedingungen im Sport.

Was sagt die Union dazu?

Die wollen das Gesetz nach der nächsten Wahl „teilweise“ (!) ändern, indem sie z.B. die geänderten Daten an Sicherheitsbehörden weiterleiten – am Gesetz selbst wird nicht gerüttelt.

Vermutlich möchte man es sich nicht mit künftigen Koalitionspartnern gegen die AfD verscherzen?

06. November '24



Ein Erdbeben-Sieg!
Donald Trump hat die US-Wahl deutlich für sich entschieden. Auch im Senat erobern die Republikaner wohl die Mehrheit.

Weder die Mobilisation von Hollywood noch die Hetze der großen Medien konnten sein bahnbrechendes Comeback verhindern, wie durch ein Wunder überlebte er mehrere Attentate.

Die arbeitende Bevölkerung hat die Wahl für Donald Trump entschieden und nicht all die Ideologien und Ersatzreligionen, wie Klimahysterie und Genderwahn.

Ich wünsche dem 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten eine glückliche Hand & Gottes Segen!



14. November '24

Die Bezahlkarten für Asylbewerber wurden aus guten Gründen eingeführt:

Damit sollten etwa Drogenbeschaffung erschwert und Missbrauch von Sozialleistungen gestoppt werden, außerdem sollten Bargeldtransfers ins Ausland verhindert werden.

Die **Junge Freiheit** deckte in einer **Undercover-Recherche** unlängst auf, wie Grüne & linke NGOs in Bayern das **Bezahlkarten-System** aktiv **sabotieren**:

Asylbewerber werden auf Flugblättern in verschiedenen Sprachen dazu aufgerufen, mit ihrer Bezahlkarte in Supermärkten Gutscheine zu erwerben, um diese dann in extra dafür eingerichteten Wechselstuben linksgrüner NGOs in Bargeld umtauschen zu können!

Ich habe die Regierung bereits gefragt, welche Sanktionen das Asylbewerberleistungsgesetz für Missbrauch der Bezahlkarte durch Asylbewerber vorsieht und welche Sanktionsmöglichkeiten außerdem auf Länderebene bestehen.

Die Antwort der Regierung findet ihr in diesem Monatsrückblick unter der Rubrik zu meiner parlamentarischen Arbeit: „Ein Oberpfälzer in Berlin“.

Dieser skrupellose Missbrauch muss sofort gestoppt und die Täter in Verantwortung genommen werden!

Die Energiewende

ZERSTÖRT

unsere Industrie!

Bild: unsplash/maryjanerupido

08. November '24

Wir befinden uns in einem der eher schlechteren Monate für unsere „Energiewende.“ Nachdem wir nun hunderte Mrd. Euro für diese, eigentlich „Stromwende“ zu nennende Aktion, verpulvert haben, schaut deren Bilanz doch eher katastrophal aus.

Wir haben hunderte Milliarden für Solaranlagen ausgegeben, obwohl wir ganz genau wissen sollten, dass nachts keine Sonne scheint und es im November oft auch tagsüber kaum richtig hell wird.

Wir haben hunderte Milliarden Euro in Windradmonster investiert, die beispielsweise in Bayern zu 80% ihrer Zeit unbeweglich herumstehen.

Wir haben damit fast eine Billion dafür ausgegeben, unsere Stromversorgung unsicher, teuer und umweltschädlich zu machen.

Wir haben unglaublich viel Geld in die Hand genommen, das bei Infrastruktur, Bildung oder im Gesundheitswesen dringend gebraucht würde.

Wer hätte geglaubt, dass nun nach vielen Jahren Energiewende beispielsweise am 4. November gegen 9 Uhr, der Import unsere wichtigste

Stromquelle war, noch vor Erdgas, Braunkohle oder Steinkohle?

Wind und Sonne spielten an diesem Tag so gut wie keine Rolle.

Seit dem 26.10. konnten wir unseren Strombedarf nur an Allerheiligen in der Früh zwischen 0 und 5 Uhr selber decken.

Mit der sogenannten Energiewende haben wir unsere industrielle Basis weitgehend zerstört.

Alles was eine blühende Wirtschaft braucht, haben wir mit dem Kernenergieausstieg und der Abschaltung der modernsten Kohle- und Gaskraftwerke aufgegeben und damit unser Land dem Verfall preisgegeben.

Wir müssen umsteuern und zwar sofort. Die Kernkraftwerke Neckarwestheim 2, Emsland und Isar 2 müssen schnellstmöglich wieder ans Netz um uns vor Strommangel zu bewahren.

Dies geht nur mit unserer AfD, auch wenn die CSU aktuell versucht den Bürgern wieder mal Sand in die Augen zu streuen.

26. November '24

Die überzogene Klima- & Wirtschaftspolitik fordert ihr nächstes Opfer.

Die Stahlproduktion steht nicht nur symbolisch für das Zeitalter der Industrialisierung, auch Jahrzehnte später, nach dem zweiten Weltkrieg, blühte die Stahlindustrie nach ihrem Einbruch erneut auf und wurde in den 1950iger Jahren zu einem der Symbole des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands.

Heute markiert die Hiobsbotschaft der aktuellen Thyssenkrupp-Krise einen traurigen Tiefpunkt in der Deindustrialisierung Deutschlands: Bis zu 11000 Stellen sollen in Zukunft abgebaut oder ausgelagert werden.

Warum wurden die Stahlwerke im Ruhrgebiet eigentlich einst gebaut? Weil es hier günstige Energie dank Kohle gab und Deutschlands aufstrebende Industrie Stahl in Massen brauchte.

Inzwischen steckt die deutsche Stahlbranche bereits seit Jahren in der Krise:

Grund dafür sind unter anderem unsere extrem hohen Energiepreise und nicht zuletzt die längst fortgeschrittene Deindustrialisierung bei den einstigen Stahl-Abnehmern

wie der Automobilindustrie oder dem Baugewerbe. Denn die Liste der Unternehmen, die aus Deutschland abwandern oder gleich ganz schließen, ist lang, ein Ende nicht in Sicht.

Atom- und Kohleausstieg sind ursächlich für die heutige Energiekrise. Doch anstatt die Bedingungen am Standort Deutschland zu verbessern, flossen – am aktuellen Beispiel Thyssenkrupp – Milliarden an Subventionsgeldern aus der Politik, um deren grüne Agenda (Stichwort „grüner Wasserstoff“) durchzudrücken, ohne zu bedenken, dass wir derzeit in Deutschland die für die Produktion grünen Wasserstoffs benötigten Mengen an Strom weder erzeugen noch bezahlen können – der hochgepriesene Flatterstrom reicht ja nicht einmal aus, um unsere Versorgung sicherzustellen!

Die sinkende Nachfrage nach deutschem Stahl und billige Stahlimporte aus Asien tun ihr übriges – deutscher Stahl ist schlicht nicht mehr konkurrenzfähig.

Ein weiterer schwarzer Tag für unsere deutsche Wirtschaft.

Nur unsere AfD kann diesen Irrsinn beseitigen und unsere Energieversorgung wieder auf sichere Fundamente stellen.



Drohender Blackout? Erstmal das nächste Kraftwerk zerstören...

Weiteres zur Energiewende

12. November '24

Ganz Deutschland ächzt unter steigenden Energiepreisen, es drohen Versorgungslücken, und was müssen wir in den Nachrichten lesen?

Im rot-grünen Hamburg wurden jetzt in einer, Zitat: „Bilderbuchsprengrung“ die Schornsteine von einem der modernsten Kohlekraftwerke der Welt, das erst 2015 für drei Milliarden Euro gebaut wurde, zerstört!

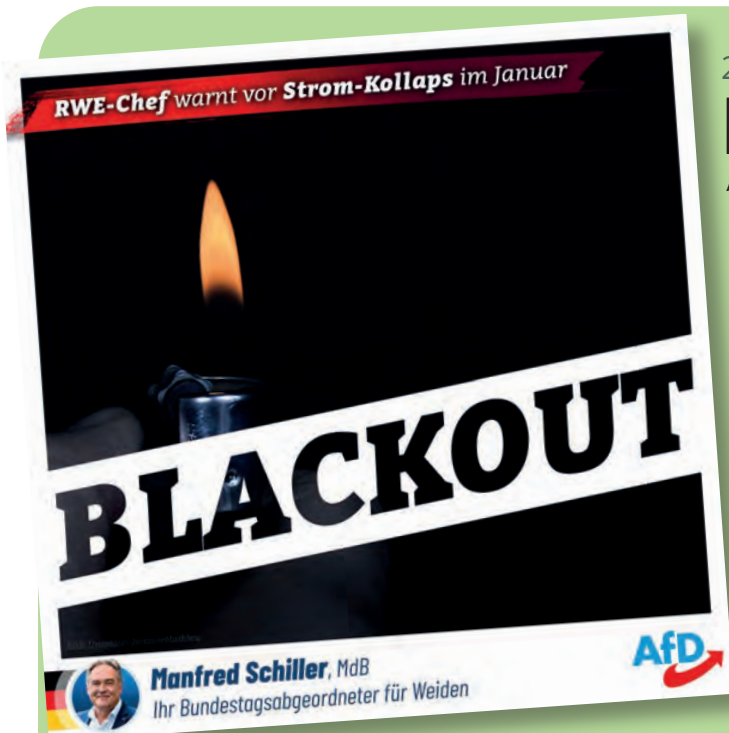
Das Kraftwerk Moorburg spielte u.a. für die Wirtschaftsregion Hamburg mit Großabnehmern wie dem Hafen & Airbus eine zentrale Rolle.

Die Stilllegung erfolgte bereits 2021, übrigens dank des Kohleausstiegs steuerfinanziert.

Für die die Sicherstellung der Fernwärmeversorgung, die Moorburg ursprünglich abdecken sollte, fehlt bislang ein Ersatzplan, man setze laut Hamburgs Wirtschaftssenatorin (SPD) auf „Importstrategie“. In ein paar Jahren soll die Wasserstoffproduktion starten – woher die dafür benötigten gigantischen Strommengen kommen sollen, ist unklar.



**Ein weiterer Anschlag auf unsere Energiesicherheit!
Die AfD wird diesen Irrsinn beenden.**



28. November '24

Der Chef des Energieversorgers RWE warnte in dieser Woche eindringlich vor einem drohenden „Blackout“: Als Warnzeichen führt er den Strompreis Anfang des Monats an, der am 6.11. auf mehr als 800 € pro Megawattstunde stieg. Grund für den hohen Preis war das knappe Stromangebot während einer Dunkelflaute, als Wind & Sonne mehrere Stunden keinen Strom produzierten. Deutschlands Versorgung hing währenddessen alleine an konventionellen Kraftwerken & Strom aus dem Ausland. Während Deutschland an diesem Tag bereits am Rand eines Kollapses war, könnte die gleiche Situation an einem anderen Tag mit höherer Spitzenlast – etwa im Januar bei noch kürzeren Tagen – nicht mehr zu bewältigen sein. Ich wiederhole: Wir brauchen wetterunabhängige Kraftwerke, die uns jederzeit zuverlässig günstigen Strom liefern, um unsere Versorgungssicherheit durchgehend zu gewährleisten.

Es ist höchste Zeit, die ideologische Fehlentscheidung Kernkraftausstieg endlich zu revidieren!

21. November ´24

Eine Nachricht, die mich bestürzt hat: Richter **Christian Dettmar** hatte im April 2021 mit Verweis auf das Kindeswohl an zwei Schulen die Maskenpflicht aufgehoben und die Durchführung einzelner Corona-Maßnahmen untersagt.

Dafür wurde er nun wegen Rechtsbeugung vor Gericht gestellt und in Erfurt zu einer **zweijährigen Freiheitsstrafe** auf Bewährung verurteilt.

Gestern wurde seine Revision vom BGH verworfen, das Erfurter Urteil gilt damit und Dettmar **verliert** in Folge **Beamtenstatus und Pension**.

So sieht also die „Aufarbeitung“ der Corona-Politik aus:

Wer erwartet, dass einer für die durch Lockdown & Co entstandenen Schäden Verantwortlichen endlich zur Rechenschaft gezogen wird, wird enttäuscht:

Die damaligen Befürworter politisch angeordneter und nachweislich völlig nutzloser Maßnahmen tingeln heute durch´s Fernsehen, während Kritiker wie Dettmar, der



die Grundrechte der Kinder schützen wollte, auf der Anklagebank sitzen und beruflich und wirtschaftlich vernichtet werden!

3000,- € Strafe für Weihnachtsbaum!

20. November ´24

Er wollte für leuchtende Kinderaugen sorgen, gestern wurde er vom Amtsgericht Hamburg für die gutgemeinte Spendenaktion zu 3000 € Strafe verurteilt:

Bereits im vergangenen Jahr sorgte der Fall um einen vor einer Kita aufgestellten Weihnachtsbaum für Schlagzeilen:

Florian Schröder wollte mit seiner Spende allen Kindern einer Kita in Hamburg eine Freude in der Adventszeit machen, und stellte daher in einer Nacht-und-Nebel-Aktion einen geschmückten Weihnachtsbaum samt Geschenken im Garten der Kita auf. Statt sich über das Geschenk zu freuen, zeigte die Kita den Gärtner wegen Hausfriedensbruch an.

Die Kita hatte sich zuvor gegen einen Weihnachtsbaum entschieden, mit der Begründung, man wolle „im Sinne der Religionsfreiheit kein Kind und seinen Glauben ausschließen“ – so etwas trägt natürlich nicht zur Integration bei, im Gegenteil – so schafft man seine eigene Kultur ab.





23. November ´24

Versuche, unbequeme Journalisten mundtot zu machen, sind nicht neu. 1962 löste die „Spiegel-Affäre“ eine Regierungskrise aus. Am Ende siegte die Pressefreiheit! Beispiellos ist aber das Ausmaß, in dem das jetzt geschieht: Auch einfache, unbescholtene Bürger bekommen Hausbesuche für Regierungskritik oder satirische Beiträge — dahinter steckt eine eigens dafür neu geschaffene Abmahnindustrie. Damit wird die ohnehin schon völlig überlastete Justiz von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten, denn Wünsche

von „ganz Oben“ werden vorrangig behandelt. Nancy Faeser schreckt noch nicht einmal davor zurück, Journalisten zu verfolgen — wie im aktuellen Fall vom Deutschlandkurier-Chefredakteur David Bendels. Und das in eigener Sache! Wegen eines satirischen Memes, das genau Faesers Kampf gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit auf's Korn nimmt, droht dem Journalisten sogar Haft! Das darf doch nicht wahr sein.



19. November ´24

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, dass die Stadt Nürnberg mit ihrer Mitgliedschaft in der sogenannten „Allianz gegen Rechtsextremismus“ gegen ihre Pflicht zur parteipolitischen Neutralität verstößt – der Verein hatte sich in der Vergangenheit wiederholt öffentlich gegen die AfD positioniert. Ein AfD-Kreisverband hatte gegen die Mitglied-



schaft der Stadt in dem Verein geklagt, nun muss Nürnberg die „Allianz gegen Rechtsextremismus“ verlassen. Auch wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, sehe ich es als einen großen Erfolg für die Einhaltung politischer Neutralität und demokratischer Grundsätze, die sicherstellen, dass keine Partei durch staatliche Institutionen benachteiligt, diskriminiert und ausgegrenzt werden darf. Wir werden auch weiterhin für Meinungsvielfalt kämpfen!

04. November '24

Ich wollte von der Bundesregierung wissen, ob sie im nach meiner Ansicht mangelhaften Zustand des bundeseigenen Konzerns Deutsche Bahn AG ein eigenes Versäumnis sieht? Die Antwort war „nein“, man verwies auf Fehler in der Vergangenheit.

Wie kommt es, dass es anscheinend in der Politik im Allgemeinen in bestimmten Zeittakten immer notwendig ist, Korrekturen, Umstrukturierungen, Sanierungen usw. vorzunehmen?

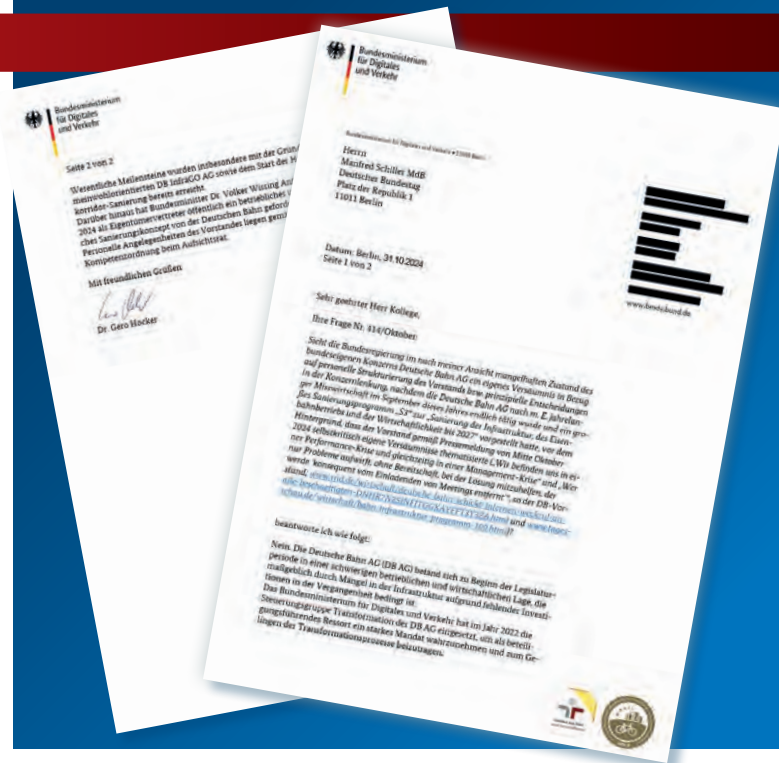
Dass man immer wieder „gegengesteuern“ muss, oder um mit den Worten von Jens Spahn nach der Corona-Katastrophe zu sprechen:

Man sich immer wieder etwas verzeihen muss?

Warum ist die Politik nicht von vornherein darauf ausgerichtet, so wenig wie möglich Reibungsverluste durch vorausschauende Planung und zukunftsweisende „Weichenstellung“ im wahrsten Sinne des Wortes zu betreiben. Warum sind solch exorbitante Fehlentwicklungen überhaupt möglich?

Da muss die sog. Asylpolitik gestoppt werden, da muss eine „Energiewende“ gestoppt oder zumindest überdacht werden, da muss die E-Mobilität um jeden Preis erzwungen werden und dann aber das Aus vom Verbrenneraus kommen und so weiter. Wenn ein mittleres/kleines Unternehmen derartige Sprünge in der Finanz- oder Produktionsplanung machen würde, wäre dies das Aus für jede vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Hausbank. Und genau dieses Szenario liegt wohl jetzt bei VW vor.

Allerdings hat auch VW in den letzten Jahren von Milliarden Subventionen aus unseren Steuergeldern profitiert und hat sich damit zum „Büttel der Politik“ gemacht.



Von der Deutschen Bahn AG wissen wir, dass sie ab den 90er Jahren auf Globalisierungskurs ging, Projekte in Katar verwirklicht hat, Stuttgart 21 notwendig war, und ein Konglomerat von ca. 600 Firmenbeteiligungen hatte in über 80 Ländern. Der Bundesrechnungshof hatte dieses Firmengeflecht als eine der Ursachen für die Bahnmisere in Deutschland ausgemacht.

Ein noch dazu unbeweglicher Verwaltungsapparat, mit Vorständen, die gem. der aktuellen Pressemitteilung anscheinend eher als Problembären auftraten und lieber Boni einstrichen, als vermeintlich falsche Entscheidungen zu treffen. Und dann fragt man sich, wo Zugverspätungen und marode Schienennetze herkommen. Man hat also auch hier wieder einiges zu bereuen, aber was macht das schon, der Steuerzahler ist geduldig.

16,4 Mrd. sollen in diesem Jahr in die Infrastruktur fließen. „Zum ersten Mal seit vielen Jahren wird es uns 2024 gelingen, die Überalterung der Eisenbahninfrastruktur zu stoppen“, erklärte dabei Philipp Nagl, Chef der DB-InfraGO – der neuen Infrastrukturgesellschaft der Bahn. Na dann hoffen wir auf pünktliche Zugverbindungen, bessere Infrastruktur und höhere Rentabilität in der nahen Zukunft. Dazu sollen in naher Zukunft auch 30000 Stellen gestrichen werden (Quelle: NTV).

Ob die Korrektur der Korrektur diesmal das gewünschte Ergebnis bringen wird?

Meine Anfrage an die Regierung und die Antwort könnt ihr auf meiner Website als PDF herunterladen. Dort findet ihr auch die anderen Anfragen, die ich in diesem Monat an die Regierung gestellt habe.



Bild: © Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Sitzungswochen-Protokoll KW 45

Oder: **Nichts ist wie es scheint.**

Eine bedeutsame Woche ging zu Ende. Das Land ist in Schockstarre geraten über zwei Vorgänge, die nur scheinbar zufällig, unerwartet und ganz ohne Zusammenhang, jedoch quasi nebeneinander abliefen und ineinander griffen.

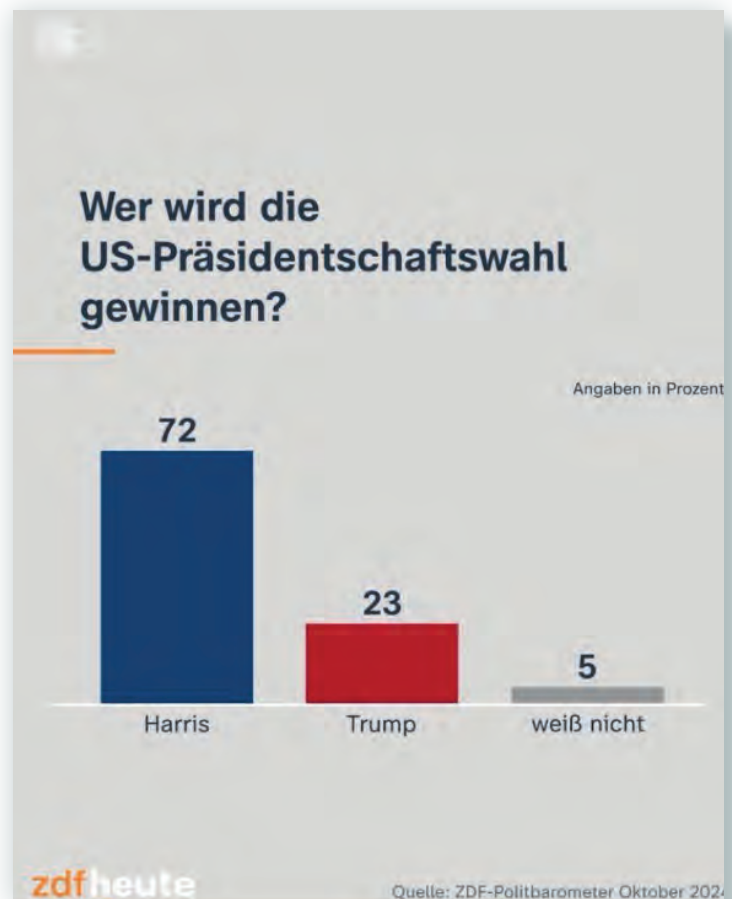
Wir haben inzwischen gelernt, dass es in der **Politik keine Zufälle** gibt.

Donald Trumps Wahlerfolg war im Rückspiegel betrachtet wohl schon seit Monaten eine relativ sichere Sache. Während unsere Qualitätsmedien immer und immer nur Auftritte mit Kamala, von Kamala und nochmals mit Kamala zeigten, immer mit eingeschränkten Kamera-Blickwinkeln, sah man bei den alternativen Medien die vollen Stadien mit 60.000 oder mehr Menschen, die Trump jubelten.

Schon Mitte Oktober war klar, dass sich die meisten **Swing-States** den Umfragen zufolge rot färben würden. Neun Tage vor der Wahl verzeichneten **Wettbüros** in den USA einen **Erdrutsch-Sieg** für Trump (35% auf Kamala, 65% auf Trump), aber noch im Oktober zeigte das ZDF das (von Experten erstellte) Schaubild, das angeblich die Erwartungen der Deutschen widerspiegelte (auf dieser Seite rechts).

Es wurde **gehetzt** gegen Trump, er **überstand zwei Attentate** und eine **Lawine aus Strafanklagen** – aber seine Zustimmung wuchs, je härter er allen Stürmen gegen ihn trotzte.

Daraus sollten wir lernen.



Nachdem **Montag bis Mittwoch**, wie üblich, die Sitzungen der **Arbeitskreise Petitionen und Digitales**, sowie die **Ausschüsse & Fraktionstagungen** & mehr stattfanden, war am Mittwoch ab mittags auch wieder Präsenz und Mitarbeit im Plenum angesagt:

MITTWOCH

Als **Trump** am Mittwochmorgen nach offizieller Auszählung mit 267 Wahlmänner-Stimmen kurz vor dem **Sieg** stand, rangen die Meldungen der ÖR immer noch um positive Nachrichten für **Kamala**: immerhin holte sie Städte wie Pennsylvania, New York und Detroit für sich.

Lars Klingbeil SPD, einer aus der **Verlierer-Koalition**, hetzte im Deutschlandfunk weiter: Trump ist rassistisch, hetzerisch, frauenfeindlich. Fakt ist, dass **Trump** am meisten **Zugewinne** bei den **Latinos** erzielen konnte, beim Anteil der **Frauen** legte er zu, bei allen Altersgruppen bis **65 Jahren**, nur bei den Rentnern konnte Harris Stimmen zulegen.

Was will ich damit sagen:

Während der deutsche Michel dumm gehalten wurde, konnte der Sieg von Trump, verkündet am **Mittwoch, 6. November**, in gut und richtig informierten Kreisen, wie z.B. der deutschen Regierung, lange vorhergesehen werden, und dementsprechend konnten die Weichen gestellt werden.

Unser Land ist ausgemergelt.

Die Konzerne „spucken“ ihre Mitarbeiter, Vulkanen gleich, aus den Werkstoren:

VW entlässt 30.000, schließt drei Werke, es fehlen 500.000 Verkäufe. Nettogewinn von **Mercedes Benz** fällt um 54 Prozent, die deutschen Niederlassungen sollen verkauft werden, **Audi** verliert 5,5 Prozent an Umsatz, **Thyssen-Krupp** beerdigt das grüne Wasserstoffprojekt nach 2 Mrd. Fördergeldern, die **Rentenkassen** wurden geplündert und warten auf den nächsten **Doppelwumms** der Ampel, Anlagen in Aktienfonds stehen zur Diskussion, die ges. **Krankenversicherungen** stehen vor **Milliardenproblemen** auch weil **Ausländer** und sogar **Asylforderer** Leistungen beziehen, beim **Bürgergeld** fehlen 10 Milliarden, die **Infrastruktur** ist marode, die **Insolvenzen** gehen durch die Decke, die **Messerstecher aus dem Orient** kommen immer noch ungehindert nach Deutschland und scheren sich einen Dreck um Messerverbotsschilder, deutsche Schüler integrieren sich inzwischen in ihre stark wachsenden **muslimischen Klassenverbände**, Deutsch wird Fremdsprache, **Bildung** geht vor die Hunde.

Währenddessen darf man sein **Geschlecht** jedes Jahr neu wählen, aber die **Heizung** leider nicht, auch das **Auto** nicht.

Man muss für **Luft bezahlen** und aufgrund der Komplizenschaft unserer Bundesregierung mit offensichtlichen

Verbrechern haben wir kein günstiges **Gas** mehr, keinen **sauberen Atomstrom** mehr, sondern müssen für dreckiges teures **Frackinggas**, dreckige **Kohle**, oder **Windstrom** bezahlen, der zuvor ganz locker in den Leitungen gespeichert wurde ;)

Alles in allem **Verwüstung, Verwirrung** und **Chaos**.

Und die **Verarmung** unserer Gesellschaft schreitet voran.

Ein von der Agenda gestrichener AfD-Antrag in dieser Woche am Mittwoch, lautete: **CO2-Bepreisung abschaffen!** **Marc Bernhard**, rechnete im AfD-Pressegespräch am Dienstag vor, mit welchem finanziellen „Bußgeld“ eine vierköpfige Familie durch die „Luftsteuer“ über die Jahre belastet wird:

• 2020	600 € pro Jahr
• 2025	1200 € pro Jahr
• 2027	5500 € pro Jahr

Belastung einer vierköpfigen Familie durch „Luftsteuer“

Wenn das keine Gründe für die Marionettenspieler sind, das Schiff mit dem Rettungsboot zu verlassen, anstatt abzuwarten, bis es auf das Riff donnert?

Die Gründe sind und waren also offensichtlich vorhanden. Aber der **Anlass?** Was ist der Anlass, das Narrenschiff genau jetzt vor geplanter Sprengung zu verlassen? Es ist die **Präsidentschaft von Donald Trump**. Wir erinnern uns an die Aussage des sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer. *Man müsse sich nur vorstellen, wie man dastehen würde, wenn Trump gewinnen sollte, und er plötzlich Frieden in der Ukraine herstellen würde* (sinngemäße Wiedergabe).

Dämmert euch was? Die neue transatlantische Mannschaft in Deutschland muss ins Amt kommen, noch bevor Donald Trump erste Erfolge feiert. Jetzt, und nur jetzt muss das Eisen geschmiedet werden. **Nur jetzt ist der Zeitpunkt, die AfD noch aus dem Rennen zu werfen.** Diese, als natürlicher Verbündeter des amerikanischen Republikaners, könnte von Erfolgen Trumps überproportional profitieren, weil diese Erfolge die Positionen der AfD widerspiegeln.

Die Dramaturgie des „*Marionettentheaters*“, das diese Ampel vor unseren Augen inszenierte, war fein abgestimmt auf die Ereignisse im Land „*jenseits des großen Teichs*“.

Vorletzter Akt des Dramas: Der Kapitän ist betrunken, der Steuermann ist irre und der Maschinist hat und hatte niemals passendes Werkzeug.

Ende Oktober, Anfang November:

Zwei getrennte Einladungen von Kanzler und Finanzminister Ende Oktober zu Wirtschafts-Krisen-Gipfeln. **Scholz**, der orientierungslose Kapitän, schmiedet im Kanzleramt zusammen mit dem BDI „einen Pakt für die Industrie“ will Förderung nach US-Vorbild und Deckelung von Industriestrompreis, **Schulden aufstocken** ist also angesagt.

Habeck derweil, in der Rolle des irren Steuermanns, grätscht mit der Steigerung dieser Idee ein, und will **Milliarden Steuergelder** sozusagen vom Hubschrauber aus abwerfen. **Lindner**, der nutzlose Maschinist, fordert Entlastung für alle und schreibt ein geheimes Papier, das ganz schnell über die 4. Gewalt im Staat jedem zugänglich ist. Er fordert plötzlich eine **Wirtschaftswende ohne Neuverschuldung, Abschaffung der kalten Progression** und viele weitere Wohltaten, auf die dieses Land schon lange wartet. Alle zusammen stehen sie nun unüberwindbar vor dem Untergang und der gefesselte Zuschauer wartet jetzt gespannt auf die Explosion im Maschinenraum, die dem Drama ein Ende bereitet.

Im Laufe des Mittwoch, 6. November, steht der Sieg von Trump unweigerlich fest.

Der Schein konnte an diesem Mittwoch noch gewahrt werden, die parlamentarische Tagesordnung wurde noch ordnungsgemäß durchgezogen.

Ich hatte bis dahin ordentlich in den Arbeitskreis-Sitzungen und Ausschusssitzungen gearbeitet, die Fraktionssitzung am Dienstag ließ das böse Ende noch nicht vollständig erahnen. Ich wurde in der Sitzung als **Stellvertreter in den Ausschuss Verkehr gewählt**, darüber freue ich mich sehr. Von mir aus könnte und sollte die Arbeit zum Wohle unseres Landes einfach nur reibungslos weitergehen.

Es folgte die **Befragung der Bundesregierung**. Marco Buschmann, (noch Justiz), und Lisa Paus, Familie und Senioren traten an.

Die Eingangsrede von Frau **Paus** ließ mir die Haare zu Berge stehen. Es war die Rede von erfreulichen Sachverständigengutachten, die **Abtreibung** zu legalisieren, was tatsächlich die vorbereitenden Schritte sind, Abtreibung bis zur Geburt zu ermöglichen. Gleichzeitig soll ein „**Gewalthilfegesetz**“ in Vorbereitung sein, mit dem man der überbordenden häuslichen Gewalt Herr werden will. An **jedem zweiten Tag** stirbt eine Frau und die Ministerin umschreibt es verharmlosend als Femizid.

Welch steriler, versachlichender Begriff für die unsäglich und explodierende **Gewalt gegen Frauen** seit **Grenzöffnung**.

Auf einen einzigen Fragenkomplex in der Befragung, dessen Tenor von der **AfD** bestimmt war, will ich hier eingehen:

Stephan Brandner und **Beatrix von Storch** insistierten: Der **§183 StGB** (Exhibitionismus-Straftatbestand) bestimmt, dass das Entblößen der Geschlechtsteile in der Öffentlichkeit strafbewehrt ist – ausdrücklich nur für **Männer**....

Was passiert, wenn der Mann sich zuvor **als Frau umdeklariert** hat, ist es dann überhaupt noch eine **Straftat**? Und wie kann es sein, dass es eine **genderdiskriminierende Gesetzgebung** gibt? Buschmann erklärte, dass es nicht auf das **soziale Gender** ankäme, sondern auf das, was entblößt wird.

Nur die AfD schafft es, die Absurditäten zu benennen, Öffentlichkeit zu schaffen.

Anschließend folgte die **Mündliche Fragestunde**. Es ging



weiter im Text mit **Gender und der Doppelmoral**. Die Bundesregierung lässt sich ein Projekt in Ruanda mit dem Titel „**positive Maskulinität**“ knapp eine Million Euro kosten, so Bernd Schattner. Gleichzeitig werden Frauen in Deutschland aufgrund ihres Geschlechts zusammengeschlagen. (Er bezog sich auf einen aktuellen Fall aus Rheinland-Pfalz, wo eine Frau ins Koma geprügelt wurde von drei Ausländern mit der Aussage: „Frauen haben in

Ein Oberpfälzer in Berlin

Deutschland keine Rechte“).

Dr. Bärbel Kofler, SPD, parl. Staatssekretärin beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (ihr Wahlkreis ist Traunstein), spielte die bekannten Schallplatten ab.

Fazit: **Deutschland** schafft mit **Steuermilliarden** überall auf der Welt „Ordnung“, während die Ordnung im eigenen Land geopfert wird.

Dann folgte die **Aktuelle Stunde** auf Antrag der **CDU/CSU**. „Kurs der Bundesregierung in der Wirtschaftskrise“ war das Thema, genau die Achillesferse der Ampel. Die betreffenden Minister **Habeck** und **Lindner** fehlten, ohne dass die Vizepräsidentin erklären konnte, wo sie sich befanden, und so forderte die CDU per **GO-Antrag**, diese herbeirufen zu lassen. Aufgrund eines nicht eindeutigen Abstimmungsergebnisses rief **Yvonne Magwas**, die Vizepräsidentin einen **Hammelsprung** auf.

Das war bei dieser parlamentarischen Gepflogenheit „mein erstes Mal“. Die **AfD** stimmte zwar geschlossen zu, aber die Mehrheit (ich schätze es war die noch vereinte Ampel) verhinderte den Erfolg. **MdB Spahn** fragte noch spöttisch in die Runde: ob es überhaupt noch Bundesminister gäbe...

Die **SPD** malte rosarote Wolken in den düsteren Gewitterhimmel, Deutschland werde bis **2045 klimaneutral** sein, im letzten Quartal wurde ein **Wirtschaftswachstum von 02,2%** erzielt, er beschwor die Transformation und einen Zusammenhalt, wie nach 1945 und schob alle Schuld auf **Ukraine-Krieg** und den bösen **Putin**.

Leif-Erik Holm wurde am Ende seiner Rede das Mikro abgestellt von der Vizepräsidentin, er hatte 20 Sekunden überzogen. Sehen Sie selbst: <https://dbtg.tv/cvid/7617650>

Letzter Akt des Dramas: Jetzt wird nochmal richtig Öl in den Maschinenkessel geschüttet.

Der Kapitän gibt dem Maschinisten die Schuld, der hat aber gar keine Ölkanne. Der wiederum beschuldigt den irren Steuermann und den Kapitän, alle umbringen zu wollen.

Für den Abend (Mittwoch) hat man die Sitzung des „Koalitionsausschusses“ anberaumt.

Wenn Sie mich fragen, stand das Ergebnis der **Krisensitzung** schon vorher fest. Jeder beschuldigte jeden, ein öffentlich verkündetes unüberwindbares Zerwürfnis hatte dann zur Folge, dass die Mannschaft von Bord ging. Erst wird **Lindner entlassen**, weil dieser **Neuwahlen** vorschlägt, er nimmt seine Minister (Adjutanten) **Buschmann** (Justiz) und **Stark-Watzinger** (Bildung) mit, **Volker Wissing** (Verkehr) meutert, bleibt Minister und tritt aus der **FDP** aus. Bekannt gegeben wird dies alles in den frühen Morgenstunden des Donnerstags.



Offizielle Verlautbarung:

Christian Lindner konnte dem Schritt nicht zustimmen, einem **Nachtragshaushalt 2024** zuzustimmen, die grundgesetzlich verankerte **Schuldenbremse** auszusetzen und mit einer Neuverschuldung auch erhebliche Summen für die Weiterführung des Ukraine-Krieges bereitzustellen. Dieser drohenden Konfrontation in der letzten Sitzungswoche im November (Haushaltswoche) konnte man somit entgehen.

Aktuelle Verteilung der freien Ministerposten nach Ampelbruch:

- Das Ressort von Christian Lindner, **Finanzen** übernimmt **Jörg Kukies***, SPD, bisher Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Kanzlerberater
- Das Ressort von Bettina Stark-Watzinger, Bildung & Forschung übernimmt **Cem Özdemir**, Die Grünen, zusätzlich zum Ministerium für Landwirtschaft
- Das Ressort von Marco Buschmann, Justiz übernimmt **Volker Wissing**, jetzt parteilos, zusätzlich zum Ministerium für Verkehr

**Zur Person Jörg Kukies: langjähriger Manager von Goldman-Sachs, ehemals Aufsichtsratsmitglied der KfW IPEX-Bank, die in den Wire-Card- Skandal verwickelt war, in 2022 Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz und in 2024 beim WEF-Gipfel*



Ein Oberpfälzer in Berlin

Ab 11 Uhr Sonder-Fraktions-Sitzung der AfD zum Thema vorzeitiges Ampel-Aus.

Fakt ist, dass wir so schnell wie möglich **Neuwahlen** fordern zum Wohle unserer Bürger. Scholz hatte Mittwoch Abend in seiner „Abrechnung“ mit Lindner, dem Koalitions-Sprenger, großmundig angekündigt, eine **Vertrauensfrage** erst im Januar zu stellen, um dann Neuwahlen erst auf März oder April schieben zu können. Lindner hatte zuvor Neuwahlen sofort gefordert. Dass er bis zu diesem von ihm bestimmten Termin auf die Loyalität der CDU hoffe, auf den Weg gebrachte Gesetze mit ihrer Hilfe zu verabschieden zeigt, wie sehr **Scholz** an **Realitätsverlust** leidet. Das „Verschieben“ des „Ampel-Aus“ von jemand, der eigentlich nichts mehr zu sagen hat, kann logisch nur den Grund haben, dass weitere Pensionsansprüche gesichert werden sollten.

Allerdings hat der **designierte Thron-Nachfolger** und Merkel-Erbe „**BlackRock-Merz**“ kein Erbarmen mit Scholz und fordert ebenso Neuwahlen sofort.

Dann hatte ich Video-Termine, in denen ich eigene Statements bzgl. der aktuellen innenpolitischen Vorgänge abgab und natürlich mit meinem lieben Kollegen Stephan Protschka für das Format „zwei Bayern in Berlin“ vor der Kamera stand.

Dem **Oberpfalz-TV** gab ich eine kurze Stellungnahme per Zoom-Meeting.

Dann folgte die Vereidigung des neuen Finanzministers Jörg Kukies, SPD, bislang Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Kanzlerberater.

Es schloss sich an die **Aktuelle Stunde** auf Verlangen von BSW zum Thema „Konsequenzen des amerikanischen Wahlergebnisses für Deutschland“.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass Anträge auf Aktuelle Stunden vom Präsidium nicht abgelehnt werden können. Frau **Wagenknecht** polterte ordentlich los und sprach von einer transatlantischen **Vasallentreue**, die Friedrich Merz anscheinend selbst unter Donald Trump aufrechterhalten wolle. Sie forderte Deutschlands und Europas **Eigenständigkeit**.

Ralf Stegner konnte nur Platituden liefern, **Matthias Moosdorf** meinte, dass die Wahl von Donald Trump ein Zeichen sei, dass das Immunsystem der USA noch intakt sei, und er zählte auf, was sich in den USA nun alles zum Besseren ändern wird.

Damit schloss der Donnerstag.

FREITAG

Am Freitag wurde der erste Tagesordnungspunkt abgearbeitet, er stand schon lange fest und war harmlos, da

in Davos.

Nach dieser Mittwoch-Nacht ist am folgenden Donnerstag nichts mehr, wie es sein sollte.

DONNERSTAG

Und wieder neigt der Betrachter dazu, alles als Zufälle anzusehen, aber nach dem ersten, harmlosen TO-Punkt des Plenums „Nie wieder ist jetzt – Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“ (20/13627) (Anlass ist der historisch bedeutsame 9. November 1938, „Reichskristallnacht“) wurde der gesamte weitere Ablauf gestoppt. Es hätten **heikle Anträge** folgen sollen aus der Feder der **CDU/CSU** mit von der **AfD** beantragten **namentlichen Abstimmungen**. Bei mehreren Anträgen hätte die AfD zugestimmt, z.B. „**Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland**“ (**Zustrombegrenzungsgesetz**) **Drucksache 20/12804**. Die Aufweichung der Brandmauer gegen die AfD, der eiserne Konsens der Kartellparteien, wurde nicht nur befürchtet, sondern hätte tatsächlich stattgefunden.

Zufall oder Planung?

– Sitzungsunterbrechung –

kein aktueller Krisenbezug. „35 Jahre Mauerfall“.

Danach eine weitere **Aktuelle Stunde** auf Antrag der **AfD**: Weg für Neuwahlen freimachen, Vertrauensfrage umgehend stellen.

Bernd Baumann eröffnete die Debatte.

„84 Prozent der Bevölkerung wollen das so“, aber er warnte, dass es mit einem CDU- Kanzler nicht besser werde. „Die CDU ist nicht die Lösung, sondern Teil des links-grünen Problems“. Die CDU mit Thorsten Frei betonte erneut, dass die Ampel bankrott sei, Olaf Scholz trage die Schuld und es sei ihm ein Rätsel, wie die Rest-Ampel auf die Idee komme, ohne Mehrheit Gesetze durchsetzen zu können, obwohl sie doch schon mit einer Mehrheitsregierung „nichts auf die Reihe gekriegt hat“.

Inzwischen wird die gleich am Montag, dem 11. November anschließende Sitzungswoche geplant. Die Arbeitskreise und Ausschüsse werden wohl nicht wie gewohnt tagen, und man sieht im TO-Plan auf der Seite des Bundestags aktuell nur eine spärliche Tagesordnung für den Mittwochmittag, an dem der Noch-Kanzler eine **Regierungserklärung** abgeben will. Wir sind gespannt, ob die Vertrauensfrage nun doch einige Wochen vor Scholz` Ankündigung kommt.

Bilanz dieser Ampel:

Ein Bundeshaushalt, der um **100 Milliarden** aufgebläht wurde und eine Verschuldung dieses Landes auf fast 500 Milliarden EURO. Krieg in Europa, Armut in Deutschland. Das Resumé aus dem planmäßigen Untergang des „Schiffs“ Bundesregierung mit vorgetäuschem Happy End durch die CDU/CSU (obwohl sie die ruinöse Politik gegen Deutschland eingeläutet hatte und weiterführen wird) kann nur lauten:

Neuwahlen sofort! Alice Weidel als unsere neue Kanzlerin! Nur die AfD kann Deutschland von Grund auf und dauerhaft sanieren.

Sitzungswochen-Protokoll KW 45

Meine gelungene **Einstandsfeier** mit über 100 Gästen im Kreis meiner Mitglieder in **Weiden** als Abgeordneter im Deutschen Bundestag, hatte mir am Samstag, 9. November richtig **Enthusiasmus und Schwung** verliehen. Bei leckerem Essen, toller Musik und guten Gesprächen verbrachten wir gemeinsam eine wunderschöne Zeit. Vielen Dank an alle für den großartigen Abend! Auf meiner Website (www.manfred-schiller.de) findet ihr ein paar Impressionen der Feier.

So viele liebe Menschen hatten mir so viel Anerkennung und Wärme vermittelt, und **so wollte ich am Montag in die neue Sitzungswoche starten...**



Die **Ampelkoalition ist Geschichte**, aber ich erwartete eigentlich keine Änderungen im Arbeitsrhythmus. Die Agenda der Plenarsitzungen war zwar schon nach Bekanntwerden des Ampel-Aus zusammengestrichen worden.

Aber Ausschüsse und Arbeitskreise sind doch voll arbeitsfähig, **dachte ich...**

... doch es kam anders:

MONTAG & DIENSTAG

Die **Absage** der am Montag anberaumten **Sondersitzung des Petitionsausschusses** war die erste Überraschung. Diese Sitzung und weitere waren notwendig worden, um einen Bearbeitungstau von ca. 400 Petitionen abzutragen. Behandelt werden sollten 60 zusätzliche Petitionen zu den üblichen 30 pro Woche. Mehr dazu auf den folgenden Seiten. Ebenso entfiel dann die **Arbeitskreissitzung Petitionen** am Montag-Abend. Die **Arbeitskreissitzung Verkehr** der AfD am Dienstag fand statt, ebenso **Digitales**. Fraktionssitzung und Sitzung der Landesgruppe ebenso. **Für die AfD-Fraktion war klar: business as usual.**

Im Laufe des Dienstag nach der interfraktionellen Runde aller parl. Geschäftsführer der Fraktionen meldete dann auch die Presse die „besonderen“ Beschlüsse der CDU/CSU, die ja letztendlich von Friedrich Merz öffentlich bestätigt wurden.

Die **gesamte Tagesordnung am Mittwoch sollte komplett entfallen**, und so auch die der folgenden Sitzungstage.

Gem. **CDU/CSU** sollen nur noch notwendige TO-Punkte aufgesetzt werden – **alle Initiativen der Opposition**, ob mit oder ohne Debatte – **sind gestrichen**. „Man wolle bei eigenen Vorlagen keine Zustimmung der Falschen riskieren“, so Mario Czaja, CDU und man werde die Tagesordnungen des Bundestages ab sofort bis zur Stellung der

Vertrauensfrage ablehnen, so Alexander Hoffmann, parl. Geschäftsführer der CSU. (Merz nennt zwei weitere mögliche Wahltermine). Auch dazu findet ihr noch einen etwas ausführlicheren Beitrag auf einer der folgenden Seiten. Fakt ist, dass bereits in der Vorwoche **Anträge der CDU/CSU** plötzlich abgesetzt wurden, die **inhaltlich von der AfD abgeschrieben** waren und bei denen absehbar war, dass sie die **AfD-Zustimmung** erhalten würden (Zustrombegrenzungsgesetz und „Aus des Verbrennerverbots“). Ein geschlossenes und daher vernünftiges Vorgehen zum Wohle unserer Gesellschaft mit einem konservativen Konsens gegen die Ampel wäre also schon vor dem Koa-Bruch möglich gewesen.

MITTWOCH

Der **Petitionsausschuss** am Mittwoch-Morgen kam dann einer **Sitzung des ZK** in der DDR gleich. Von oben wird dirigiert und alle müssen abnicken. Die Union beantragte grundlos die **Streichung aller vorliegenden Petitionen**, was ein Stopp der Behandlung im Plenum bedeutet.

Warum eigentlich und wie kann sie sich erdreisten, so **autokratisch** durchzugreifen? Es ist eine Vollbremsung ohne jeglichen Grund. Die AfD konnte es zusammen mit „Rot“ und „Grün“ (Aserbaidzhan-Koalition) als Mehrheit erreichen, dass die Behandlung verschoben und nicht aufgehoben wird.

- Plenarbeginn -

Zu Beginn setzte die **AfD** eine **GO-Debatte** auf, weil sie der – komplett gestrichenen – Tagesordnung widersprach. Die „**Ampel**“ brachte dann ihren eigenen Antrag durch, der nun immerhin eine **Rumpftagesordnung** beinhaltet. Die Linke hatte einen eigenen Antrag, der hier deshalb erwähnt wird, weil es bei **Linken, BSW und AfD KEINE** Brandmauer gibt. AfD und BSW stimmten sowohl gemeinsam dem Antrag der LINKE zu, als auch umgekehrt BSW und LINKE gemeinsam dem Antrag der AfD.

Abgesetzte Anträge der AfD in dieser Woche:

- **Streichung des Lieferkettengesetzes**
- **Rückbau von Kernkraftwerken stoppen**
 - **Massenmigration stoppen,**
 - Zurückweisung an der Grenze & unbegrenzte Aufnahme beenden**
- **Rückführung nach Syrien vorantreiben.**

Es folgte die **Regierungserklärung** von Kanzler Scholz,

Details ersparen wir uns. Allein bei den Eröffnungsworten schauderte ich: „**die demokratischen Fraktionen**“ haben eine Einigung erzielt, wie es weitergehen soll.

Ansonsten gab es schon **Wahlkampfgetöse** und er betonte, dass **Deutschland** weiterhin **Ukraines größter Unterstützer** bleiben solle (mein Zusatz: auf Kosten von **Neuverschuldung**), allerdings sieht er zumindest bei der **Vermeidung einer Kriegs-Eskalation** seinen größten Erfolg, da er die Lieferung von **Taurus Marschflugkörpern** bislang verhindert hat.

Schauen wir doch mal, ob das unter dem drohenden Kanzler **Friedrich Merz** so bleibt, der nicht nur eine **allgemeine Wehrpflicht für Männer** fordert, sondern auch **für Frauen**.

Und schließlich ist BlackRock auch bei Rheinmetall als einer der größten institutionellen Aktionäre engagiert.

Friedrich Merz, der bereits als „**Ersatz-Scholz**“ gilt, hieb dann in seiner Rede zunächst mit der Peitsche auf den Kanzler ein „Sie haben von dieser Stelle aus keine Bedingungen zu stellen“.

Er beschimpfte die **AfD als Truppe von Rechtsnationalen** und sagte sinngemäß: es soll bei der Bestimmung der künftigen Tagesordnungen *weder zufällig noch beabsichtigt Mehrheiten mit „denen da von der AfD“ geben.*

Schließlich streckte er der SPD doch noch das Zuckerbrot hin: „wir können über einige weitere Entscheidungen miteinander sprechen und sie sogar gemeinsam treffen, nach der Vertrauensfrage.“

Die Rede von **Alice Weidel** ist das einzige Highlight der gesamten Veranstaltung.

Wie wir sehen, werden jetzt schon **Pöstchen** durch Herrn Merz angedacht. Oder sind sie in Hinterzimmern schon vergeben...?

Bei Bekanntwerden des Ausscheidens von Thomas Haldenwang, CDU als Chef des Verfassungsschutzes am Mittwoch können wir spekulieren, dass dieser Anti-AfD-Hardliner als Bundes-Innenminister in Frage käme.

TERMINE:

Beantragen der Vertrauensfrage:	11. Dezember 2024
Entscheidung des Bundestags:	16. Dezember 2024
Neuwahlen:	23. Februar 2025

Am Mittwoch wurde dann das **Nachtragshaushaltsgesetz 2024** zurück in den **Ausschuss** überwiesen, da war sich das gesamte Plenum einig.

Peter Boehringer: Dieser ist **verfassungswidrig**. Die nachträglich notwendige **Nettokreditaufnahme mit 50,3 Mrd.** liegt höher als geplant, das Loch beim **Bürgergeld** muss gestopft werden, Zuschüsse zur Entlastung beim **Strompreis** waren durch die Decke gegangen (statt

Ein Oberpfälzer in Berlin

10 Mrd. sind es nun 19,4 Mrd.) und viele Einnahmeposten fielen geringer aus, als geplant. Jeder ordentliche Betrieb in der freien Wirtschaft muss für **Misswirtschaft** geradestehen. Nicht so in der Politik.

Der Tag schloss mit einer von der **AfD** beantragten **Aktuellen Stunde** zum Thema:

„Kein Stillstand im Parlament – Sachbezogene Mehrheiten nutzen“

Gottfried Curio, der in der routinemäßigen Pressekonferenz am Dienstag die gleichen Anträge des **AK Innen** erneut vorstellte, nachdem sie in der Vorwoche von der TO gestrichen wurden, fasste die Situation eigentlich sehr treffend zusammen:

Das aktuelle **Nichterreichen unserer Anträge** in der Herzkammer der Demokratie, wo das umfassende Meinungsspektrum der Vertreter aller Bevölkerungsgruppen ankommen soll und muss, das **Nichtnachkommen** des Kanzlers seiner Pflicht, nach Zerfallen einer Regierung schnellstmöglich eine neue Regierung bereitzustellen, das **Sich-Verweigern** der Union einer ordentlichen Parlamentsarbeit und alle Initiativen, die nicht passen, einfach abzuräumen – *das ist einer seriösen Parlamentsarbeit nicht würdig.*

In der Debatte: Helmut Schmidt würde sich im Grabe herumdrehen, so **Sebastian Münzenmaier**. Die Union streicht alle Anträge der **AfD** zum Erhalt der **Brandmauer** und auch der Linken und einigt sich parallel in Hinterzimmern über zulassungswürdige und **CDU-genehme** Anträge, die gemeinsamen Konsens gefunden haben. Pfui!

Wird die deutsche Politik jetzt endgültig durch Blackrock übernommen?

Bei einer großen Koalition unter Friedrich Merz könnte demnach Jörg Kukies, SPD, Finanzminister bleiben. Merz ist ehemaliger Deutschlandchef von Blackrock, Kukies war von 2014 bis 2018 Deutschlandchef von Goldman-Sachs – Hauptaktionäre von Goldman-Sachs sind Blackrock, Vanguard und State Street. Und jetzt raten Sie mal, wer der zweitgrößte institutionelle Anteilseigner bei Rheinmetall ist. Zielt der militärische Scharfmacher Merz auf eine heiße Konfrontation ab in deren Strudel unser Land untergeht?

Die Meldung des Mittwoch:

Der **Antrag auf Verbot der AfD** durch **Marco Wanderwitz**, **CDU**, unter anderem im Verbund mit Partnerin **Yvonne Magwas**, wurde beim Bundestagspräsidium eingereicht.

Zitat Wanderwitz: *Es muss schnell gehen.* **113 Abgeordnete** wünschen sich die lästige Konkurrenz vom Hals, die große Mehrheit der **734 Abgeordneten** jedoch hat sich

diesem Ansinnen nicht angeschlossen. Wanderwitz war in der **WP19** aufgefallen, als er Mitglieder der **AfD-Fraktion** für die Aufnahme in die **Bundestags-Fußballmannschaft gesperrt** hatte. Außerdem hatte er **2006** mit acht weiteren Freunden **gegen die Veröffentlichung der Nebeneinkünfte** der Abgeordneten vor dem **Bundesverfassungsgericht geklagt und war gescheitert**. **2021 verlor er das Direktmandat** im Wahlkreis Chemnitzer Land **gegen Mike Moncsek von der AfD**. – Der Hass dieses Mannes muss tief sitzen.

DONNERSTAG

Wie schön, dass die **„Wahlen zu Gremien“** zugelassen wurden. Aber was sag´ ich – ist ja geschenkt, da der Block von vornherein wusste, wie man die Stimmabgabe seit Jahren lenkt. Sowohl **Stefan Keuter** als Kandidat für das Stellvertreteramt des **Bundestagspräsidenten** fiel durch, als auch **Stephan Brandner**, der hochqualifizierte Jurist aus Thüringen, ehemals Leiter des Rechtsausschusses, nominiert für die Tätigkeit im **Parlamentarischen Kontrollgremium**.

Der letzte Tagesordnungspunkt am Donnerstag um 10 Uhr am Vormittag lautete:

Aktuelle Stunde zur Weltklimakonferenz in Aserbaidschan auf Antrag der **Grünen**.

„Innerhalb weniger Stunden hat Luisa Neubauer, genannt Jetset-Luzi, es von Texas/USA nach Baku geschafft. Fürs Klima scheut sie keine Flugmeile“
(Zitat Julian Reichelt auf X).

Am Nachmittag habe ich mit meinem lieben Kollegen **Stephan Protschka** die nächste Folge unseres Formats **„Zwei Bayern in Berlin“** gefilmt – ihr findet sie auf meinem YouTube-Kanal (@manfredschillermdb)



FREITAG

Friedrich Merz, der in seinem Gebaren aktuell als **Kanzler** einer nicht legitimierten Rest- Regierung „**Union/SPD/Grüne/FDP**“ auftritt, lässt überall verlautbaren (zuletzt bei einer Veranstaltung der DEHOGA):

*Wir haben vereinbart (**Union/SPD/Grüne FDP**), dass nur noch Dinge auf die **Tagesordnung** kommen, die wir vorher im Konsens vereinbart haben. **ICH** möchte **keine** Zufallsmehrheiten mit **AfD** oder **Linken**!*

Entsprechend hat diese neue Rest-Regierung unter seiner Führung am Freitag den Antrag eingebracht, die letzte Sitzungswoche im November – eigentlich Haushaltswoche – komplett zu streichen. So nach dem Motto:

Warum arbeiten, wenn wir unser Geld doch auch so bekommen!

Die **AfD** widersetzte sich mit einem **GO-Antrag** diesem Ansinnen. Ihr schlossen sich **BSW und Linke** an und unterlagen absehbar gemeinsam in der Abstimmung. Weder kann die AfD (im Übrigen auch BSW und Linke) ab sofort **Anträge** einbringen, noch kann gegen diese Arbeitsblockade interveniert werden.

Bernd Baumann zu diesen skandalösen Vorgängen: **Demokratie** wird nur noch **simuliert**!

Dafür diskutierte diese Demokratiesimulation dann zum Schluss auf **Antrag** der **CDU/CSU** übers **Kiffen**:

Cannabis-Legalisierung – Auswirkung auf die innere Sicherheit.

Und, ach ja: die Närrische Zeit hat nicht erst am 11.11. begonnen.

Ich bin weiterhin für Euch da, für unser Land und arbeite mit ganzer Kraft an der Wende zum Guten!

Meine Sitzungswochen-Protokolle könnt ihr auch auf meiner Website abrufen

(<https://manfred-schiller.de/category/sitzungswochen-protokolle/>)



Mein Beitrag im Rundbrief der Landesgruppe Bayern im Deutschen Bundestag:

Petitionsrecht als Ausdruck des Bürgerunmuts

Im vergangenen Monat haben wir in zwei Sitzungswochen **60 Petitionen** behandelt.

Ich bin immer mehr begeistert von meiner Aufgabe im Deutschen Bundestag, denn das **Petitionsrecht** hat nicht nur einen direkten Auftrag durch das Grundgesetz, sondern ist **Aus-**

druck des Bürgerdenkens. Das sind sehr oft Petenten, die aus unseren Reihen stammen. Und so sind auch eine bedeutende Anzahl an Petenten unserer Einladung in den Deutschen Bundestag gefolgt, um an der ersten **Petitionskonferenz** der **AfD Bundestagsfraktion** teilzunehmen.

Wir konnten lebhaft und auf Augenhöhe miteinander besprechen, wie **Wünsche und Sorgen der Bürger** unseres schönen Landes behandelt wurden und welchen Erfolg oder Misserfolg die Petition jeweils hatten.

Kein anderer Arbeitskreis in der Fraktion hat eine so **direkte Verbindung** zu den Arbeitspartnern, wie der **Petitionsausschuss**. Mich hat es sehr überrascht – **keine Brandmauer**, keine Abneigung gegen unsere Partei. Ganz im Gegenteil!

Natürlich findet man auch manchmal absurde Forderungen, wie etwa eine Petition, die einen Zuschuss zum Deutschlandticket fordert, die den Preis des Tickets fast dreifach übertrifft. Oder für mich als begeisterter Motorradfahrer, die Forderung am Motorradhelm ein Kennzeichen anzubringen! Aber der überwiegende Teil der Petitionen des Monats kommt **aus dem Herzen unserer Bürger** und ist sehr vernünftig.

Es geht um unsere **Kranken- und Pflegeversicherungen**, mit seinen Auswüchsen. Es geht um die **Regulierung unserer Verkehrsvorschriften**, um die Sorgen um unsere Kinder und Jugendlichen und um Fragen des Steuerrechts, wo deutlich wird, dass wir endlich mit diesem **Bürokratisierungswahnsinn** aufhören müssen.

Ich selbst konnte mich als **Berichterstatter** für die **Be-wahrung des Bargeldes** einsetzen. Denn wir als **AfD** wollen **keinesfalls** zulassen, dass die Bezahlung nur noch **digital** oder mit **Karten** erfolgen kann.

Die Zahlung mit Bargeld ist gelebte Freiheit und gibt uns Bürgern die Möglichkeit der Wahl. Das ist unsere Politik.



Aus unserem zweiten Rundbrief der LG Bayern:

Angeordneter Stillstand im Parlament!

Außer Betrieb

Anfang November wurde ich in der Fraktionssitzung als stellv. Mitglied in den Ausschuss Verkehr nachgewählt.

Somit belege ich nun als **Hauptmitglied** den **Ausschuss Petitionen** und als **stellvertretendes Mitglied** die **Ausschüsse Digitales und Verkehr**.

Aufgrund von **Bearbeitungsstau** und der kommenden **Sitzungsausfälle wegen Neuwahlen** im Jahr 2025 sollten in einer **Sondersitzung** des Ausschuss Petitionen Mitte November zusätzlich zu den üblichen **30 Petitionen** in einer Sondersitzung weitere **60 Petitionen** behandelt werden.

Wie Sie alle wissen, kam alles anders. In der normalen Sitzung am Mittwoch wollte die **Union** nach Gutsherren-Manier **alle Petitionen streichen**. Es war einer kleinen „Aserbajdschan-Koalition“ aus „Blau“, „Rot“ und „Grün“ zu verdanken, dass sie nur verschoben und nicht aufgehoben wurden.

Auf weitere Details zu den Folgen des Ampel-Aus will ich hier nicht eingehen, sie sind jetzt weithin bekannt.

Eine aktuell vorgelegte **Petition** will ich hier trotz allem erwähnen.

Bei der aktuellen **Gesetzesvorlage „zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen“** wird gefordert, Schutzzonen, z.B. in den Städten und in Naturschutzgebieten zu berücksichtigen, die frei sind von jeglichen **Elektromagnetischen Frequenzen** zum Schutz von Menschen mit **Elektrohypersensibilität**.

Der Gesetzesentwurf war Ende September in **erster Lesung** im Plenum und sollte nach Beratung in den Ausschüssen in den kommenden Wochen verabschiedet werden (???).

Viele Studien bestätigen allerdings einen Einfluss von **kurzwelliger Strahlung** auf die Gesundheit von Mensch und Tier, so die Petentin. Die Einrichtung solcher Schutzzonen hätte m.E. den Charme, dass es auch in Zukunft immer **Schlupflöcher** gäbe gegen **lückenloses Tracking**.

Immerhin wollen wir keinen Orwellschen Überwachungsstaat.

Die **digitale ID** für alle ist auf dem Weg, wir fordern deren **Freiwilligkeit!** Die **digitale Patientenakte** ist für 2025 geplant – **widersprechen** Sie dieser noch vor Jahresende! Der **Digitale Euro** soll auf Dauer das **Bargeld** als gesetzliches Zahlungsmittel ersetzen und kann in Verbindung mit der digitalen ID für „**Social Scoring**“ und **Enteignung** eingesetzt werden. Testphasen für CBDC werden in 2025 laufen – wir wollen **keinen zentralen Digitaleuro!**

Eure Meinung zum Thema Digitalisierung und flächendeckenden Netzausbau würde mich interessieren!

Schreibt mir gerne:

manfred.schiller@bundestag.de



Hinter den Kulissen beim Dreh zu „Zwei Bayern in Berlin“ mit meinem Kollegen Stephan Protschka

07. November '24

Nach der guten Nachricht über Trumps Sieg folgte direkt die zweite gute Nachricht: **Das Aus der Ampel!** Inzwischen wissen wir, dass Kanzler Scholz noch in diesem Jahr die Vertrauensfrage stellen will, Neuwahlen sollen im Februar folgen. Eine großartige Nachricht, aber auch eine große Aufgabe für uns, denn wir müssen als **Alternative für Deutschland** unbedingt **verhindern**, dass es ein „weiter so“ unter **neuem Anstrich** gibt, denn genau das zeichnet sich bereits ab - mehr dazu in den folgenden Beiträgen und im Video zum „Ampel-Aus“, das ihr auf meinem YouTube-Kanal findet.

Lasst uns also im neuen Jahr alles für einen grundlegenden Neuanfang geben, um unser Land endlich aus der schweren Krise zu führen.

Wir sind bereit!



11. November '24

Wer jetzt noch mit dem Gedanken spielt, bei den kommenden Wahlen CDU zu wählen, sollte gut aufhören:

Mit einer CDU-geführten Regierung wird sich nichts zum Besseren ändern.

Ein paar Beispiele gefällig?

- Wer noch daran glaubte, dass es eine **Rückkehr zur Kernkraft** mit der CDU geben wird (die, wir erinnern uns, den Ausstieg damals selbst beschlossen hatte), wurde letzten Dienstag eines Besseren belehrt, als Merz diesbezügliche Hoffnungen auf einem Podium zur Energie-Agenda der CDU/CSU platzen ließ.
- Bereits kürzlich hatte ich euch ausführlich dargelegt, dass die CDU am „**Selbstbestimmungsgesetz**“ nicht rütteln wird.
- Am vergangenen Freitag zog die Union ihren Antrag zur **Eindämmung illegaler Migration** zurück, aus Angst, die

AfD könne zustimmen – **so ein Verhalten widerspricht jedem demokratischen Gedanken!**

Ich schließe daraus: Die vollmundigen Versprechen der Union sind nichts als Theater. Eine Oppositionspartei, die eigene Anträge zurückzieht, weil die Chance besteht, dass sie eine Mehrheit bekommen, will nicht gestalten, sondern betreibt nur perfide eigennützige Spielchen auf Kosten unserer Bürger

Echte Veränderung wird es nur mit der AfD geben!

13. November ´24

Politik zum Zweck des Machterhalts!

Was wir jetzt erleben, ist der letzte Akt eines Dramas auf den Schultern der Bürger:

Nach dem **Auseinanderbrechen der Koalition** zittert die **CDU/CSU** vor dem unweigerlichen Einsturz der **Brandmauer zur AfD**. Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Ein **konstruktives Misstrauensvotum** hätte – mit Hilfe der AfD – den Kanzler sofort in Rente geschickt, anstatt auf den nächsten Schritt des Kanzlers warten zu müssen, der sich nun wohl gnädig herablässt, am 16. Dezember die **Vertrauensfrage** stellen zu wollen.

Nun ist ein Vakuum entstanden, in dem die Koalition **keine Mehrheit** mehr hat. Anträge zum Wohle unseres Landes wären nun in Zusammenarbeit von **CDU/CSU** und **AfD** endlich möglich, das Land würde aufleben.

Schließung der Grenzen, Abschaffung des Soli für Besserverdienende (das Bundesverfassungsgericht tagt aktuell zum Thema auf Antrag der FDP), Aussetzung oder Abschaffung der CO2-Steuer usw.

Stattdessen sagt CDU-Mann **Czaja**, man solle keine Anträge mehr ins Plenum bringen, man wolle **keine Zustimmung durch die „Falschen“**.

Der parl. Geschäftsführer der CDU, **Alexander Hoffmann**:

Politik zum Zweck des Machterhalts

CDU/CSU:

ARBEITS- VERWEIGERUNG!

... aus **Angst**
vor der **AfD**.

„Solange nicht die Vertrauensfrage gestellt ist, werden wir die Tagesordnung des Bundestages **ablehnen**“

Der Bundestag mit seinem Verwaltungsapparat kostet den Steuerzahler fast **eine Milliarde EURO jährlich**.

Und nun sollen die Bürger für **Arbeitsverweigerung** bezahlen?



17. November ´24

Wie ihr (spätestens jetzt) wisst, bin ich ordentliches Mitglied im **Petitionsausschuss des Bundestages**. Daher habe ich mich in dieser Woche ganz besonders darüber geärgert, dass nicht nur **keine Anträge** mehr (aus Angst vor Zustimmung der AfD) **im Plenum behandelt werden** sollen, sondern sich die **Arbeitsverweigerung der Altfraktionen** auch im **Petitionsausschuss** fortsetzt:

Die **Ausschusssitzung** am Montag wurde direkt **ganz abgesagt**, am Mittwoch wurden dann auf **Antrag der CDU/CSU-Fraktion** die Beratungen sämtlicher auf der Tagesordnung stehenden **Petitionen** auf unbestimmte Zeit **vertagt**.

Ich kann mich nur wiederholen:

Abgesehen davon, dass hier anschaulich demonstriert wird, wie unwichtig den anderen Fraktionen **eure Anliegen** sind, erinnert euch daran, dass der Bundestag

mit seinem Verwaltungsapparat den Steuerzahler fast eine Milliarde EURO jährlich kostet. Und ihr für diese Arbeitsverweigerung zahlt!



Bild: Unsplash/RobertAnasch

26. November '24

Liebe Freunde,
Im Haushaltsentwurf für die **Stadt Weiden** für **2025** klafft derzeit noch eine Deckungslücke von **7,8 Millionen** Euro, nachdem man im Vorjahr bereits ein Loch von **33 Millionen** stopfen musste.

Die **Gesamtverschuldung** wird nun an der **100-Millionen-Euro-Marke** kratzen.

Auch wenn viele plausible Gründe durch Kostensteigerungen aufgeführt werden¹, befinden sich in dieser Kalkulation trotzdem noch **stille Millionengräber** u.a. wegen Sanierungsstaus, die noch nicht ausgabenwirksam sind.² So soll nun bei Kunst, Kultur und Freizeit gespart werden.

Was mich persönlich aufhorchen lässt ist, dass offiziell über die **Finanzspritze aus Bundesmitteln** von **7.500 €** Kopfgeld pro untergebrachtem **Flüchtling** nichts verlautbar wird. Seit 2024 soll sie jährlich ausgezahlt werden und bei einer geschätzten Zahl von etwa **1.000** Personen in **Weiden** sind das nach Adam Ries ca. **7,5 Mio. Entlastung** des Haushalts 2024 und jeweils für die kommenden Jahre. Die Gesamt-Steuereinnahmen der Stadt Weiden haben sich wie folgt entwickelt:

- **2022 90,1 Mio.**
- **2023 91,5 Mio.**
- **2024 gem. Planung 93 Mio.**

Ich frage mich:

Wie kommt es, dass auf Bund-, Land- und Gemeindeebenen Rekord-Steuereinnahmen zu verzeichnen sind, und trotzdem die Verschuldung auf allen Ebenen steigt?

Die **Bundesregierung** hat sich mit insgesamt **2,5 Billionen** Euro verschuldet und allein der **Haushaltsplan 2025** sieht eine Neuverschuldung von rund **50 Milliarden Euro** vor. Die deutschen **Gesamt-Steuereinnahmen** belaufen sich auf knapp **eine Billion Euro**.

Diese Neuverschuldung ist nur möglich, wenn die grundgesetzlich verankerte **Schuldenbremse** ausgesetzt werden würde und sie ist einer der Gründe für das **Ampel-Aus**.

Man bedenke auch, dass Kanzler Scholz mit der Neuverschuldung unter anderem **weitere Milliarden** für die **Ukraine** bereitstellen wollte.

Euer
Manfred Schiller

¹ Zum Beispiel die Steigerung der sog. Bezirkumlage von 13 auf 18 Millionen Euro. Der Bezirk Oberpfalz hat die größte Erhöhung seit Bestehen beschlossen. Parallel dazu sinken die Schlüsselzuweisungen aus München um etwa 3 Millionen Euro, da sich 2025 rechnerisch die hohen Gewerbesteuer-Einnahmen von 2023 auswirken. Oder auch der Ausgleich der zweistelligen Millionendefizite der Krankenhäuser, das mit den Landkreisen Neustadt und Tirschenreuth ausgeglichen werden muss.

² z.B. der Realschul-Neubau oder die Weidener Feuerwache



Informationsveranstaltung im Wahlkreis

Rückblick Bürgerdialog in Weiden



Am 21. November fand unser Bürgerdialog der AfD-Bundestagsfraktion in der Max-Reger-Halle in Weiden statt.

Vor zahlreichen Gästen berichtete der Bundestagsabgeordnete Peter Felser aus dem Verteidigungsausschuss über die Bundeswehr und den Ukraine Konflikt.

Meine Kollegin Gerrit Huy referierte über die Arbeit des Ausschusses Arbeit und Soziales und die Ziele der AfD zur Rentenreform. Ich gab einen Einblick über die Arbeit im Petitionsausschuss und berichtete über aktuelle Themen aus dem Deutschen

Bundestag.

In der anschließenden Fragerunde konnten die Gäste noch viele Fragen an die Abgeordneten stellen.

Besonders gefreut habe ich mich über den Besuch des Kreisvorsitzenden und MdL aus Weiden Roland Magerl, meines LaVo Kollegen und Direktkandidaten Michael Gebhardt aus Coburg und des Kreisvorsitzenden und Direktkandidaten Oliver Koller aus Hof.

Danke an alle Besucher, ihr habt diese tolle Veranstaltung erst ermöglicht!

Euer Manfred Schiller



28. November '24

Mit Steuermitteln gegen die Opposition!

Man stelle sich folgendes vor:

- **Alle Amtskirchen** finanzieren sich außer über Kirchensteuereinnahmen auch direkt von Steuergeldern, die von der etablierten Regierung verteilt werden.
- **Alle öffentlich-rechtlichen Medien** sind staatliche Institutionen, die üppigst steuerfinanziert sind.
- **Außerdem gibt es NGOs**, wie „Das Bayerische Bündnis für Toleranz“, welches das staatliche Privileg der Steuerfreiheit genießt.

In dieses Bündnis zahlen **staatsnahe Institutionen (Kirchen, DGB)** nicht nur Mitgliedsbeiträge, sondern die **Bayerische Staatsregierung** selbst finanziert das Bündnis durch eigene **Mitgliedschaft!** Die Förderung aus dem Staatssäckel direkt für das Bündnis ergänzt die Mitgliedsbeiträge.

Für den **Haushaltsentwurf 2024/25 des Landtags Bayern** hatte die **AfD-Fraktion** daher den folgenden **Antrag** gestellt:

„[...] In Kap. 03 03 wird der Ansatz im Tit. 547 07 (Maßnahmen zur Unterstützung des Engagements für Toleranz und Integration) für das Jahr 2025 von 155,0 Tsd. Euro um 55,0 Tsd. Euro auf 100,0 Tsd. Euro gekürzt. Begründung: aus diesen Mitteln wird unter anderem das oben genannte Bündnis finanziert. [...]“

Und eben dieses Bündnis, wie auch andere **staatliche Kostgänger**, verwenden ihre steuerfinanzierte Ausstattung, um ihre **Pfründe** zu sichern – aber diese Pfründe stellt die AfD in Frage.

Und das ist des Pudels Kern, warum die AfD von dieser **Beutegemeinschaft** konsequent als **rechtsextrem bezeichnet wird und bekämpft wird!**

Der medial aufgezogene „**Protest**“ gegen das **friedliche Bürgergespräch** in Weiden in der vergangenen Woche wurde organisiert von **Klimaklebern**, dem o.g. „**Bündnis für Toleranz**“, einer Regensburger Punk-Band „Toxic Downfall“ (eigene Aussage: in unseren Texten geht es oft um Bier) und weiteren **Chaoten**.

Staatl. finanzierter Protest beim **AfD**-Bürgerdialog

Steuermittel
GEGEN
die Opposition!

Und die Presse?

Anstatt ihrem Auftrag zu **neutraler Berichterstattung** nachzukommen, berichtete sie weder sachlich und inhaltlich über den **Bürgerdialog der AfD**, was nun endlich dazu führen könnte, sich mit **Inhalten der AfD**, statt mit **inhaltloser Diskreditierung** zu beschäftigen, noch distanzierte sie sich von diesen **staatsfinanzierten Happenings und von anwesenden Randalierern**, die nur durch die Anwesenheit von Polizeischutz keine Gefahr für Leib und Leben der Interessenten darstellten. (Siehe: Musikalischer Protest gegen AfD-Bürgergespräch in Max-Reger-Halle | Onetz)

Trotz allem sehen wir Tag für Tag, dass die Menschen den Weg zu Wahrheit, Klarheit und Vernunft beschreiten, sie lassen sich immer weniger die Köpfe vernebeln.

Danke allen Teilnehmern nochmals, es ist nicht selbstverständlich, vorbei an einem wütenden Mob eine Veranstaltung zu besuchen.

Viele Grüße vom Landesparteitag!



Immer großer Andrang:

Bürgerstammtische, Einstandsfeier & Landesparteitag

Auch in diesem Monat veranstalteten wir - wie immer, Donnerstags ab 18 Uhr - unseren Bürgerstammtisch im Wahlkreisbüro, der regelmäßig gut besucht ist. Außerdem durfte ich mit zahlreichen Gästen meinen Einstand in den Deutschen Bundestag feiern, wie ich bereits im Sitzungswochen-Protokoll auf den vorherigen Seiten erwähnte. Danke nochmal an alle Gäste, Unterstützer und Interessenten! Ebenfalls im November fand der Landesparteitag Bayern statt. Im Dezember folgen die Listenaufstellungen, es bleibt also spannend!



15. November '24

Liebe Lokalpresse, wisst ihr schon, dass als Nachfolger für Petr Bystron ein Weidner AfD-Politiker in den Bundestag eingezogen ist?

Vermutlich habt ihr es beim neuesten Artikel in Onetz nur vergessen zu erwähnen.

Doch da ihr letzte Woche (im Gegensatz zu Oberpfalz TV, die mich interviewt haben) alle Parteien bis auf die AfD zum Ampel-Aus befragt habt, entsteht der Eindruck, dass objektive Berichterstattung nicht zu euren Stärken gehört. Als AfD-Politiker ist man an diese Art sozialer Ächtung gewohnt – man wird von Veranstaltungen ausgeladen, Beiträge auf sozialen Netzwerken werden in ihrer Reichweite eingeschränkt oder direkt gesperrt.

Nichtsdestotrotz bin ich guter Dinge, denn unsere steigenden Mitgliederzahlen & Umfragewerte zeigen, dass unsere Botschaften die Bürger unserer Heimat auch ohne sachliche Berichterstattung eurerseits erreichen.

Selbstverständlich bin ich auch weiterhin offen für eure Anfragen. Euer Manfred Schiller



20. November '24

Der 20. November 2024 war ein schwarzer Tag für die **Oberpfalz**.

Die **Ziegler Holding in Plößberg**, einer der größten Arbeitgeber in der Region, ist **insolvent**.

Eine Erfolgsgeschichte in **dritter Generation**, die ihresgleichen sucht, steht vor dem Abgrund, mehr als **3.000 Arbeitsplätze** in der Holding sind gefährdet. Aber nicht nur das. Ich hoffe zutiefst, dass dieses Beben keinen Erdbeben nach sich zieht.

Die Gründe für den drohenden Untergang mögen vielfältig sein und sicherlich sind sie nicht bis ins Detail analysierbar, jedoch sind sie meines Erachtens die **Spitze des Eisbergs eines politisch gewollten Aussterbens der Spezies „Deutscher Mittelstand“**.

Ich wünsche sowohl dem sofort bestellten Insolvenzverwalter, dem Nürnberger Rechtsanwalt Volker Böhm eine glückliche Hand, als auch der Konzernleitung inklusive der Familie Ziegler **Kraft und Besonnenheit** im Handeln.





Folgt mir auch auf YouTube:

Neben Videos & Shorts von mir findet ihr dort auch das neue Format aus dem Bundestag:

Gemeinsam mit Stephan Protschka sind wir »Zwei Bayern in Berlin«. Ein paar Folgen sind bereits online, weitere werden folgen. Viel Spaß beim Anschauen! Wer auf dem Laufenden bleiben und künftig kein Video verpassen will, ist herzlich dazu eingeladen, mir auf meinem neuen YouTube-Kanal zu folgen:

youtube.com/@ManfredSchillerMdB



Mehr Neuigkeiten gibt es auf meinen Kanälen!



www.manfred-schiller.de



manfred.schiller@bundestag.de



[@manfred.schiller.afd](https://www.facebook.com/manfred.schiller.afd)



[@manfred.schiller.afd](https://www.instagram.com/manfred.schiller.afd)



[@manfredafd](https://twitter.com/manfredafd)



[@manfredschillerafd](https://www.telegram.me/manfredschillerafd)



[@manfred.schiller.afd](https://www.tiktok.com/@manfred.schiller.afd)



[@manfredschillermdb](https://youtube.com/@manfredschillermdb)